

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 28.— M., bei Selbstabholung 25.— M. — Preis der Einzelnummer 1.50 M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24508 **Postcheckkonto Nr. 53477** :: :: **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 **Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig **Telephon 13003.** — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 24508**

**Inseratenpreise:** Die 8gespaltene Kolonelle oder deren Raum 6.— M., bei Platzvorschrift 7.20 M.; Familiennachrichten, die 8gespaltene Zeile 4.80 M., Reklame-Kolonelle 24.— M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 22721 **Schluss** der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Vor dem Ende in Genua.

Die Konferenz geht an innerer Erschöpfung zugrunde. Zwar erscheint nunmehr die Zusammenkunft der Sachverständigen im Haag als gesichert und wenn nicht alles täuscht, werden möglicherweise die Vereinigten Staaten trotz ihrer gestrigen Note ihre bisher eingenommene Haltung revidieren. Alles das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß im Haag ebensowenig positive Beschlüsse zustande kommen werden, wie das in Genua der Fall war. Die Franzosen und Belgier beharren noch immer in ihrer ablehnenden Haltung. Am gestrigen Tage hat die für die russische Frage eingesetzte Unterkommission die Bedingungen für die Konferenz im Haag endgültig formuliert. Sie lauten:

### Die Bedingungen für Haag.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Am Freitag wird die letzte Vollsitzung in Genua stattfinden. Der Haag ist endgültig als Versammlungsort für die Sachverständigenkonferenz in den russischen Fragen festgelegt worden. Der Burgfriedenspakt bezieht sich, wie Lloyd George betont, nicht nur auf Europa, sondern auch auf Asien, Amerika und Australien. In der gestrigen Sitzung der Unterkommission in Genua wurde die endgültige Fassung des Angebots zum Vorschlag der Alliierten beschlossen. Sie lautet folgendermaßen:

1. Italien, England, Japan, Polen, Rumänien, Schweden und die Schweiz beschließen, daß eine Kommission ernannt wird, um nochmals die Differenzen zu prüfen, die zwischen der Sowjetregierung und den anderen Regierungen bestehen und um mit einer russischen Kommission, die daselbstes Mandat hat, zusammenzutreffen.
2. Am 20. Juni werden die Namen der in der nicht-russischen Kommission vertretenen Mächte und die Namen der Mitglieder dieser Kommission der Sowjetregierung und umgekehrt die Namen der Mitglieder der russischen Kommission den anderen Regierungen mitgeteilt werden.
3. Die von dieser Kommission zu behandelnden Fragen werden alle vorhandenen Fragen bezüglich der Schulden, des Privateigentums und der Kredite umfassen.
4. Die Mitglieder der beiden Kommissionen sollen am 26. Juni 1922 im Haag zugelassen sein.
5. Die beiden Kommissionen werden sich bemühen, gemeinsame Anempfehlungen bezüglich der in Klausel 3 genannten Fragen zu erreichen.

Punkt 6 legt fest, daß zwischen der russischen Sowjetregierung und den gegenwärtig mit ihr verbundenen Regierungen einerseits und den anderen teilnehmenden Regierungen andererseits Abkommen geschlossen werden sollen, daß sie sich während einer Periode von vier Monaten nach Abschluß der Arbeiten der Kommission aller aggressiven Handlungen und jeder umfänglichen Propaganda zu enthalten haben. Die Regierungen dürfen sich in keiner Form in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten mischen.

### Beratungen vom 17. Mai.

In der Sitzung der Unterkommission standen die Vorschläge über das Zusammenkommen der Sachverständigenkonferenz im Haag zur Diskussion.

Zunächst nahm Tschitscherin das Wort. Er wandte sich gegen die Behandlung der russischen Delegation in der Unterkommission und verwarf die Behauptung, daß die Haager Zusammenkunft die Staaten Europas verschlebe. Tschitscherin erhob Einspruch gegen den Ausschluß Deutschlands von der Konferenz. Weiter forderte er, daß ein anderer Tagungsort gewählt werde, der der russischen Delegation günstiger gelegen sei.

In Bezug auf den Burgfriedenspakt erklärte er, daß er für den Frieden Europas nur wirkliche Bedeutung habe, wenn er sich auf alle Sowjetrepubliken einschließlich der des Fernen Ostens erstreckt. Jeder Angriff gegen eine mit Russland verbündete Republik komme einem Angriff auf Russland gleich. Deshalb soll Artikel 6 des Paktes auf alle mit Russland alliierten Republiken ausgedehnt werden. Während der letzten Jahre seien Angriffe auf Sowjetrußland nicht nur von regulären Armeen, sondern auch von Banden begangen worden. Deshalb bestche die Delegation darauf, daß § 6 einen Zusatz erhalte, worin auch die von Banden begangenen Angriffe erwähnt würden. Man habe Beweise dafür, daß die vormaligen Truppen von Wrangel Vorbereitungen zu einem Angriff auf die Sowjetrepubliken treffen. In Finnland und Polen müßten die Grenzwarden, Arbeiterbataillone usw., die aus ehemaligen Soldaten der Weissen Armeen bestehen, aufgelöst und von der Grenze entfernt werden. Aus Rumänien und Beharabien müßten alle Truppen Wrangels und Petljucos entfernt werden. Am besten wäre es, auf beiden Seiten der Grenze Kontrollposten zu bilden, wo gemischte Kommissionen darüber wachen würden, daß keine Banden auftraten und daß die regulären Truppen, die sich dort befinden, eine festgesetzte und beschränkte Effektstärke nicht überschreiten.

Darauf erwiderte Lloyd George und bezog sich auf die bisherige Haltung der Ententestaaten hinsichtlich der Teilnahme Deutschlands an den weiteren Beratungen über die russische Frage. Tschitscherin habe sich darüber beschwert, daß man Angelegenheiten ohne die Russen distutiert habe. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß es eine so große Meinungsverschiedenheit über grundlegende Fragen gegeben habe, daß man sich nicht verständigen konnte. Deshalb habe man den Sachverständigen die Arbeit übertragen, erst das Terrain zu sondieren, um festzustellen, ob es in der Praxis unüberwindliche Schwierigkeiten gebe. Das russische System und das in anderen Ländern der Welt herrschende liegen sich nicht vereinigen. Aber sie näherten sich einander.

Bezüglich der Beschwerde Tschitscherins über Wrangels angebliche Angriffsabsichten sagte Lloyd George: Als wir eine Intervention in Russland ermutigten, haben wir es offen getan und haben vom Unterhause die nötigen Kredite verlangt. Wir haben später gesagt, wir würden dies nicht mehr tun und haben unser Wort gehalten. Mit der letzten Expedition Wrangels haben wir nichts zu tun. Die gegenwärtigen Streitkräfte Wrangels

stellen eine größere Gefahr für das Land dar, wo sie sich befinden, als für Russland selbst. Wenn der Burgfriedenspakt angenommen werde, so werde jedes Land, das einen Angriff unternähme, diesen Vertrag, an den es durch seine Ehre gebunden sei, brechen. Lloyd George schloß: Ich hoffe, daß nach Abschluß des Burgfriedenspaktes wir uns mit den Angelegenheiten unserer eigenen Länder befassen werden. Nachdem ich 16 Jahre lang Minister gewesen bin, bin ich zu dem Schluß gelangt, daß es unmöglich ist, sich ausschließlich mit den Angelegenheiten seines eigenen Landes zu beschäftigen, aber schon mit den Angelegenheiten seines eigenen Landes zu beschäftigen, ist viel mehr als ein Minister, ja ein ganzer Minister rat fertigbringen kann. Wenn wir uns bemühen, den anderen zu helfen, wenn dies möglich ist, werden sich daraus große gegenseitige Vorteile ergeben, deshalb bin ich für den Burgfriedenspakt und ich hoffe, daß er, wenn er erst unterzeichnet ist, loyal beobachtet werden wird.

### Ein Protest gegen die Besetzung der Sanktionsorte.

Berlin, 17. Mai. Reichstagsabgeordnete der rheinischen Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West sandten ein Telegramm über die Frage der Aufhebung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort an die Genuaer Konferenz. Diese Städte seien ohne Rechtsgrundlage in Widerspruch zum Versailler Vertrag, dem Rheinabkommen und dem Völkerrecht durch französische und belgische Truppen besetzt worden. Nachdem alle diplomatischen Versuche vergeblich waren, ersuchen die Reichstagsabgeordneten der betroffenen Wahlkreise die Genuaer Konferenz und alle friedliebenden Völker, für eine sofortige Aufhebung der rechtswidrigen Besetzung der drei rheinischen Städte einzutreten. Außer den unabhängigen Sozialdemokraten stimmten alle anderen einmütig für die Kundgebung.

### Die Rückkehr des Reichskanzlers.

Berlin, 18. Mai. (Die Zeit.) Reichskanzler Dr. Wirth und Außenminister Dr. Rathenau werden mit dem jetzt noch in Genua weilenden Teile der deutschen Abordnung am kommenden Dienstag wieder in Berlin eintreffen. Unmittelbar an ihre Rückkehr soll sich eine Kabinettsitzung anschließen, der eine Besprechung des Reichskanzlers und des Außenministers mit den Fraktionsführern folgen soll. Am Mittwoch oder Donnerstag findet dann eine Sitzung des Auwärigen Ausschusses des Reichstags statt, in der über die Verhandlungen in Genua Bericht erstattet wird. An die Darlegungen des Kanzlers und des Außenministers wird sich hier eine ausführliche Aussprache anschließen.

### Polnisch-österreichische Verhandlungen.

Warschau, 18. Mai. (TU.) Der polnische Außenminister Strumunt wird erst Ende nächster Woche zurückkehren, da er auf seiner Rückreise von Genua, einer Einladung des österreichischen Bundespräsidenten Hantisch folgend, noch längeren Aufenthalt in Wien nehmen wird. Der polnische Außenminister wird in Wien mit der österreichischen Regierung wirtschaftliche Verhandlungen führen. Zugleich werden die polnischen Gesandten in Prag, Bukarest, Belgrad, Budapest und Sofia nach Wien berufen, um die polnische Politik in Mitteleuropa zu besprechen und mit den Ergebnissen der Genuaer Konferenz in Einklang zu bringen.

### Die Niederlage der englischen Regierung.

London, 17. Mai. Im Unterhaus teilte Chamberlain mit, daß die Regierung die gestrige Abstimmung sorgfältig erwäge und die Weigerung des Hauses, sie bei notwendigen Maßnahmen zur Herbeiführung einer Verringerung der Ausgaben zu unterstützen, als ernste Angelegenheit betrachte. Die Abstimmung habe aber über einen Antrag auf Vertagung stattgefunden, dem keine ausschlaggebende Bedeutung beigegeben werden könne. Die Regierung beschloß darum, dem Wunsche des Hauses stattzugeben, daß eine Kommission ernannt werde, die zu untersuchen habe, ob der vorliegende Regierungsvoranschlag einen Bruch des Vertrauens gegenüber den Wählern bedeute.

London, 17. Mai. Westminster Gazette weist darauf hin, daß die Regierung zu gern auch im Oberhause mit knapper Not einer Niederlage entging, als der Antrag von Earl Beauchamp, in dem die sofortige Aufhebung des Industriefiskusgesetzes gefordert wurde, mit nur zwei Stimmen (36 zu 34) abgelehnt wurde.

### Sitzung des Neunerkomitees in Berlin.

Wien, 17. Mai. (Intel.) Das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien teilt mit, daß das von der Berliner Konferenz der drei Internationalen eingesetzte Neunerkomitee nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, in Köln, sondern wegen der von Nabel gegen eine Tagung im besetzten Gebiet vorgebrachten Einwände am 23. Mai in Berlin zu einer konstituierenden Sitzung zusammentreten wird. Dieses Datum wurde gewählt, um der Erstzulassung der 2. Internationalen, die am 20. und 21. Mai in Köln tagt, im Anschluß daran die Teilnahme an der Sitzung des Organisationsausschusses zu ermöglichen.

London, 17. Mai. (Intel.) Henderson, MacDonald, Smiffie und Shaw verlassen heute London, um sich nach Brüssel zu begeben, wo sie, gemeinsam mit den Vertretern der französischen und belgischen Sozialisten, gewisse Fragen in bezug auf die Konferenz von Genua erörtern und sich im Anschluß hieran auf die Konferenz des Neunerkomitees nach Berlin begeben werden.

## Der konstitutionelle Kronpräsident.

Seit einiger Zeit erscheinen in der deutschen Presse zahlreiche Artikel und Notizen über den ältesten Sohn Wilhelms des Ausreißers. Die Beschäftigung mit dieser an sich unbedeutenden und nebensächlichen Person dient aber einem besonderen Zwecke, der, wenn er erreicht wird, für Deutschland und besonders für die Arbeitererschaft verhängnisvoll werden müßte, es geht um nichts anderes als um die Wiederherstellung der Hohenzollernschen Monarchie in Deutschland. Die Agitation dafür wird sehr geschickt betrieben, wenn auch mit Mitteln, die vom menschlichen wie moralischen Standpunkt aus gleich verwerflich sind. Haupttätigste Träger dieser Agitation sind volksparteiliche und sogenannte demokratische Kreise und Blätter. Sie wird auch offenbar nach einem bestimmten Plane betrieben und man merkt, wie sie allmählich gesteigert wurde und noch wird. Daß der kleine Hohenzollernausreißer dabei nur als Werkzeug benutzt wird, ergibt sich aus einer Reihe von Umständen. Zuerst wurden zu seinem Geburtstag eine Anzahl Artikel gebracht, in denen er als reumütiger Sünder und als eigentlicher Unschuldiger erscheint. So etwas zieht beim deutschen Michel immer! Dann kamen Gespräche, die er mit Zeitungsleuten hatte, in denen er als modern denkender Mensch gezeichnet wird. Und jetzt beschäftigt sich fast die gesamte Presse mit einem Buche, auf dessen Titelseite er als Verfasser verzeichnet steht, das aber vom Romanhistoriker Rosmer unter Mithilfe von Politikern verfaßt und, wenn man den zutreffenden Ausdruck gebrauchen darf, für die deutsche Öffentlichkeit zurückgemacht wurde. Schon ehe das Buch selbst erschienen ist, hat die Presse große Auszüge daraus gebracht, die namentlich die Aussprache zwischen Vater und Sohn im Großen Hauptquartier in Spa am 9. November 1918 betreffen und die allerdings geeignet sind, Aufmerksamkeit zu erregen. Wilhelm hat seinen Sohn kommen lassen, um ihm mitzuteilen, daß für die Hohenzollernsche Monarchie alles verloren sei und nichts als die Abdankung übrig bleibe. Die Szenen, die sich zwischen den beiden und den mitspielenden Generalen und Feldmarschällen abgepielt haben, werden sehr dramatisch geschildert, wobei der kleine Wilhelm als der starke und mutige Mann erscheint, während sein Vater und die übrigen, mit Ausnahme Schulenburgs, als reine Zämmerringe dastehen. Nun hat aber einer der Hauptbeteiligten, der jetzige Botschafter und damalige Nachfolger Ludendorffs, General Groener, in der Vossischen Zeitung eine Verächtigung erscheinen lassen, worin er die Darstellung in dem Buche als unrichtig bezeichnet. Wie die Vorgänge waren, sagt Groener nicht, aber er fügt für den Verantwortlichen des Buches in nicht mißzuverstehender Weise hinzu:

Die teilweise unrichtigen Einzelheiten in der kronprinzlichen Darstellung öffentlich aufzuklären, habe ich nicht vor. Ich gedenke vielmehr, die bisherige Zurückhaltung weiterhin zu bewahren, die vielleicht nicht im Interesse meiner Person liegen mag, die ich aber aus naheliegenden Gründen für nützlich halte.

Groener wird in dem Buch neben dem Prinzen Max von Baden als der eigentlich Schuldige für den Verlust des Hohenzollernthrones gekennzeichnet, weil er die Kriegslage und die Stimmung des deutschen Heeres so geschildert habe, als ob sein anderer Ausweg als die Abdankung mehr übrigbliebe und auf die Vorschläge von Schulenburg nur achselzuckend bemerkt habe: „Zah-neneid? Kriegsherr? Das sind schließliche Worte, das ist am Ende doch eine Idee.“ Diese Worte sind Groener schon 1919 so deutlich gemacht worden, daß er ein Ehrenschiedsgericht angerufen hat, das aus dem Generalobersten v. Bock und einer Anzahl hervorragender Generale bestand und Groener für nichtschuldig befunden hat. Groener meint in seiner Erwiderung nun, wenn der Verfasser den Ausgang des Schiedsgerichtsverfahrens gekannt hätte, so hätte er ihm die Motive nicht unterstreichen können.

Ergötzlich ist nun die Schilderung, wie der sonst so mautgewaltige alte Wilhelm in jenen Stunden der Entscheidung hin und her schwankte. Stillweis mußte ihm Zugeständnis um Zugeständnis abgenommen werden. Erst verzichtete er auf den Kaiserthron, dann wurde er seiner obersten Kriegsherrnstelle entkleidet, weil das Heer nach einem Beschluß der Frontoffiziere nicht mehr zu ihm stehe, und schließlich willigte er ein, daß man ihn so schnell als möglich über die Grenze nach Holland bringe. Aber auch der mutige kleine Wilhelm, der seinem Vater erst vorgeschlagen hatte, er solle zu seiner Truppe kommen und mit ihr nach Deutschland zurückmarschieren und dann, als es dieser abgelehnt, erklärte, er werde nun selbst nach Deutschland marschieren und die Revolution niederwerfen, hat es doch sehr schnell mit der Angst zu tun bekommen und ging auch schleunigst nach Holland, statt in Deutschland den starken Mann zu spielen.

Dieser Vorgang, so bedeutungslos er auch an sich ist, ist aber nicht das eigentlich Wertvolle an dem Buch, sondern es ist die Art und Weise, wie der deutsche Oeffentlichkeit eine restaurierte konstitutionelle Hohenzollernmonarchie mit dem Wieringer als Kandidaten mündgerecht gemacht wird. Sehr wenig erhebt sich die Art und die Wahl der Mittel, mit denen dieses löbliche Werk vertrieht wird. Daß der Wieringer auf einmal als modern den